

Institute of International Finance

Das Institute of International Finance (IIF) ist ein Zusammenschluss großer Finanzinstitute. Das IIF hat 400 Mitgliedsunternehmen in 70 Länder und schließt fast alle Hauptakteure der Branche ein, darunter Banken, Investmentbanken, Versicherungen und Investment Management-Firmen. Es koordiniert die Zusammenarbeit des Bankensektors in den Hauptbereichen Forschung und Lobbying.

Das IIF trat im Juni 2010 bei seinem Kongress in Wien durch gezielte Meinungsmache gegen eine schärfere

Finanzmarktregulierung im Zuge des Gesetzespakets **Basel III** hervor.^[1] Im Juli 2011 übernahmen die europäischen Finanzministern ein Papier des IIF über die Beteiligung privater Gläubiger an der Rettung Griechenlands als „Roadmap“ für die weitere Vorgehensweise.

Unklar ist das Verhältnis des IIF zu alteingesessenen nationalen Interessenverbänden wie dem deutschen **Bankenverband**. Einerseits ist der Bankenverband eine Mitgliedsorganisation des IIF, andererseits konstatiert z.B. die Financial Times einen massiven Bedeutungsverlust des Bankenverbands durch gesteigerte Dominanz der Deutschen Bank und des IIF.^[2]

Institute of International Finance

Rechtsform	Inc.
Tätigkeitsbereich	Lobbying für Privatbanken
Gründungsdatum	1983
Hauptsitz	Washington, D.C.
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	iif.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	2
2.1 Mitglieder:	2
2.2 Mitglieder in Deutschland	2
3 Lobbystrategien und Einfluss	3
4 Fallstudien und Kritik	3
4.1 IIF und Basel III	3
4.2 IIF und die Euro-Krise	3
5 Kontaktdaten	4
6 Weiterführende Informationen	4
7 Einzelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Das IIF wurde 1983 von 38 Banken gegründet, nach eigenen Angaben als Antwort auf die lateinamerikanische Schulden-Krise. Aufsehen erregte 2008 der Austritt von [Goldman Sachs](#) aus dem IIF. Hintergrund war ein Streit um Bilanzierungsregeln während der Finanzkrise.^[3] Goldman Sachs kritisierte außerdem, dass der IIF die eigentlichen Belastungen der Finanzkrise zu verschweigen versuchte.^[4] Im Oktober 2010 kündigte ein Goldman Sachs-Sprecher an, wieder in den IIF zurückkehren zu wollen - wegen „Gemeinsamkeiten bei zahlreichen regulatorische Themen“, so der Sprecher laut Handelsblatt.^[5]

Die ursprünglichen Ziele des IIF waren die Verbesserung der Verfügbarkeit und Qualität der finanziellen und wirtschaftlichen Informationen über Schuldnerländer, um in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Informationen über finanzielle Lage, Entwicklungspläne, wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Verschuldungssituation der potenziellen Kreditnehmer zusammentragen und den Mitgliedsbanken zur Verfügung stellen zu können.

Die heutigen Aufgaben und Ziele werden beschrieben als die fachliche Unterstützung der Mitglieder beispielsweise durch Länderanalysen zu Schwellenländern, politische Interessenvertretung, Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherung der Finanzmarktstabilität (Industriestandards, Best-Practice-Methoden) und der Schaffung von Netzwerken zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Dem IIF sitzt ein Board of Directors vor, Chairman ist seit dem Jahr 2003 der Deutsche-Bank-Chef [Josef Ackermann](#); Vizevorsitzende sind Francisco González (BBVA), Roberto E. Setúbal (Itaú Unibanco Banco Multiplo S/A und Banco Itaú S/A) und Richard Waugh (Scotiabank) (Stand: 20.7.2011, weitere Board-Mitglieder auf der [IIF-Webseite](#)).

Mitglieder:

Daneben gibt es noch ein Associate committee, dessen Mitglieder auch Vertreter von Multinationalen Konzernen, Handelsfirmen, Exportkreditunternehmen und andere Agenturen einschließen.

Mitglieder in Deutschland

- [Angermayer, Brumm & Lange](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Bayern LB](#)
- [Commerzbank AG](#)
- [DekaBank Deutsche Girozentrale](#)
- [Deutsche Bank AG](#)
- [DZ Bank](#)
- [Euler Hermes](#)
- [HQ Trust](#)
- [Hypo Real Estate Holding AG](#)

Stand: 20.7.2011, Quelle: [IIF-Webseite](#)

Lobbystrategien und Einfluss

Aufbau von Netzwerken für die Zusammenarbeit mit Regierungen und Regulierern. Im Zuge der Finanzkrise versucht das IIF durch Bestrebungen zur Selbstregulierung der Regulierung durch staatliche Akteure zuvorzukommen. <http://www.iif.com/press/press75.php>

Fallstudien und Kritik

IIF und Basel III

Das IIF hatte im Juni 2010 die Regierungen der Welt mit einer Studie alarmiert, wonach hohe Eigenkapitalanforderungen an Privatbanken die zarten Pflänzchen der Konjunkturerholung wieder zertrampeln könnten. Denn besonders die geplanten Puffer (engl: Buffer) für systemrelevante Banken (siehe oben) könnten zu einer Klemme bei der Kreditvergabe führen und dadurch Wirtschaftstätigkeit abbremsen. Das IIF veranschaulicht dieses für verantwortliche Politiker gewiss erschreckende Szenario mit bunten Grafiken, wie sie beispielsweise einen Bericht über das IIF-Jahres-Treffens im Juni 2010 Wien in der Tageszeitung *Der Standard* illustrieren (Wiener Aufschrei gegen Basel). Darin wird eine Konjunkturabschwächung von 3,1 % in der Eurozone an die Wand gemalt, sollten die Puffer für systemrelevante Banken in Kraft treten.

IIF und die Euro-Krise

Ende Juni 2011 traf der Geschäftsführer des IIF, Charles Dallara, den Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) der EU, Vittorio Grilli, um über die Beteiligung privater Gläubiger an der Rettung Griechenlands zu beraten. Der WFA wiederum berät die europäischen Finanzminister, die sich am Anfang Juli 2011 trafen um über die Beteiligung privater Banken zur Reduzierung der Schuldenlast Griechenlands zu entscheiden.^[7] Nach einem Bericht des Wall Street Journals, wurde beschlossen ein Papier des IIF als „Roadmap“ zu nutzen, um die nächsten Schritte zur Beteiligung privater Banken abzustimmen.^[8] Die Financial Times zitierte aus dem IIF-Papier, in dem es heißt, man werde „zusätzliche Ressourcen der europäischen Steuerzahler“ benötigen.^[9]

Das Papier beinhaltet drei mögliche Modelle zur Rettung Griechenlands:

- ausstehende Anleihen werden durch neue Anleihen mit einer geringeren Verzinsung und längeren Laufzeiten ausgetauscht. Die Absicherung soll über einen von Griechenland oder EFSF (European Financial Stability Facility) finanzierten Fond gegeben sein. Positiv für private Banken ist, dass sie keine direkten Vermögensverluste machen, und das Verlustrisiko gering ist.
- ausstehende Anleihen werden unter ihrem Wert von den Banken zurückgenommen und durch neue Anleihen mit längeren Laufzeiten ausgetauscht. Die Verzinsung orientiert sich jedoch näher am Marktzins. Die Absicherung soll wie oben durch einen Fond gewährt sein.
- Griechenland soll eine Agentur gründen, die griechische Anleihen vom Markt zurückkauft. Die Finanzierung soll entweder durch den EFSF oder durch Privatkredite einzelner Staaten gewährleistet werden.

Kontaktdaten

The Institute of International Finance, Inc. 1333 H St NW Suite 800E Washington, DC 20005-4770 Tel: (1-202) 857-3600 Fax: (1-202) 775-1430 info@iif.com

Weiterführende Informationen

Das Institute of International Finance hat sich bisher nicht im freiwilligen [Lobbyregister](#) der EU eintragen lassen.^[10]

Einzelnachweise

1. ↑ [Wiener Aufschrei gegen Basel](#), Der Standard vom 10. Juni 2010, abgerufen am 22. September 2010.
2. ↑ [Stimmverlust](#) Nina Luttmmer in der Financial Times Deutschland vom 19. Juli 2010, abgerufen am 22. August 2010.
3. ↑ [Goldman Sachs verlässt Bankenverband](#), Manager Magazin Online vom 9.7.2008 (Zugriff: 20.01.2009)
4. ↑ [Der mächtigste Herrenklub](#) Handelsblatt.ch, vom 12. November 2010. Abgerufen am 20. Juli 2011
5. ↑ [Goldman Sachs will in Welt-Bankenverband zurück](#), Handelsblatt Online vom 11.10.2010, abgerufen am 27.10.2010
6. ↑ [Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Institute of International Finance \(IIF\)](#) Gabler Verlag (Herausgeber), Abgerufen am 20. Juli 2011
7. ↑ [Bankenverband IIF berät mit EU-Vertreter über Griechenland-Krise](#) Reuters, vom 27. Juni 2011. Abgerufen am 20. Juli 2011
8. ↑ [IIF's Dallara: Euro-zone has taken big step](#) Wall Street Journal, vom 12. Juli 2011. Abgerufen am 20. Juli 2011
9. ↑ [Brüssel sucht nach der großen Lösung](#) Financial Times Deutschland, vom 14. Juli 2011. Abgerufen am 20. Juli 2011.
10. ↑ [EU-Lobbyregister](#), Stand: 20.7.2011